



Nr. 54. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. Februar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar.

10 Uhr. Am Ministerische Lucius und Commissarien, später Graf zu

Culenbogen, Bitter und v. Puttfamer.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend die Deckung der Ausgaben des Jahres 1878/79, in dritter Lesung definitiv genehmigt ist, tritt das Haus in die dritte Beratung des Entwurfs eines Feld- und Forstpolizeigesetzes ein. Die §§ 1 bis 8 werden ohne Debatte genehmigt, §§ 9 und 10 werden gemeinsam beraten.

§ 9 lautet: „Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 123 des Strafgesetzbuches, von einem Grundstück, auf dem er ohne Befugnis sich befindet, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, oder dem ihn ergangen Verbote des Berechtigten zuwider ein Grundstück unbefugt betritt.“

§ 10 lautet: „Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuches, unbefugt über Grundstücke reitet, fährt, treibt, Holz schleift oder den Pflug Wendet; oder über Acker, deren Bestellung vorbereitet oder in Angriff genommen ist, geht.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“ Der Zu widerhandelnde bleibt straflos, wenn er durch die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

§ 10 lautet: „Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuches, unbefugt über Grundstücke reitet, fährt, treibt, Holz schleift oder den Pflug Wendet; oder über Acker, deren Bestellung vorbereitet oder in Angriff genommen ist, geht.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“ Der Zu widerhandelnde bleibt straflos, wenn er durch die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Der Zu widerhandelnde bleibt straflos, wenn er durch die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 1) Schmidt (Sagan): in § 9 hinter „oder dem“ einzufüllen „durch Verbotstafeln“ (dieser Wort wird im Laufe der Debatte vom Abg. von Rauchhaupt mit Zustimmung des Antragstellers verändert in „Warnungszeichen“) erläutern oder besonders“;

2) Petri und anderer nassauischer Abgeordnete: zwischen „Grundstück“ und „unbefugt“ einzufügen: „die bei Waldgrundstücken zu Wegen dienen den Flächen ausgenommen“; 3) Grimm: die Worte „dem an ihn ergangen“ zu streichen; 4) v. Fürth, v. Cynern und Seelig: den § 10 durch folgenden zu ersetzen: „Inmitten des Gehens, Reiten, Fahrs, Karren, Pflügen auf fremden Grundstücken strafbar ist, wird durch Provinzialgesetzgebung bestimmt“; 5) Petri und Genossen: im § 10 hinter „Pflug“ einzufügen: „auf bestellten Acker“ und die Worte „Acker . . . ist“ zu streichen und dafür zu setzen: „bestellte Acker“.

Abg. Schmidt (Sagan) befürwortet seinen Antrag, der nur eine präzisere Fassung des Beschlusses der zweiten Lesung bezieht.

Abg. Petri: Ich halte den § 9 in seiner jetzigen Fassung für eine ungünstige Verortung des Reichsstrafgesetzbuches, da dieses schon im § 368 Nr. 9 die Fälle aufzählt, in denen das unbefugte Betreten von Grundstücken strafbar sein soll. Jedenfalls aber müssen in Hessen-Nassau die Wege von dem § 9 ausdrücklich ausgenommen werden, da hier die meisten Waldwege den Waldeigentümern gehören und das Verbot des Betretens ganze Ortschaften der Communication mit anderen beraubt könnte. Auch das Verbot des Pflugwends ist in Hessen-Nassau nicht angängig, da hier die Parzellierung schon so weit vorgeschritten ist, daß wir Grundstücke von 4 oder 5 Acren haben, auf denen man gar nicht pflügen kann, ohne auf dem Nachbargrundstück zu wenden. Endlich darf das Gehlen nur auf wirklich schon bestellten Acker verboten werden, denn wenn z. B. bloß ein wenig Dung auf den Acker gebracht ist, wird durch das Gehlen noch kein Schaden angerichtet.

Minister Lucius: Ich bitte im Wesentlichen die §§ 9 und 10 nach den Beschlüssen der zweiten Lesung anzunehmen. Da das Reichsstrafgesetzbuch schon Strafbestimmungen enthält, so tritt demselben dieses Gesetz viel weniger zu nahe, als der Antrag Petri. Auch in Sachsen und Thüringen ist die Parzellierung schon so weit gediehen wie in Hessen, und doch bestehen dort die Bestimmungen der §§ 9 und 10 schon lange, ohne daß sie zu Klagen Anlaß gegeben haben. Die Regierung legt aber großen Wert darauf, daß die Worte „an ihn ergangen“ gestrichen werden. Ein korupulöser Richter kann in diesen Wörtern sogar die Notwendigkeit eines Inquisitionsdocuments finden; sie etablieren eine Unsicherheit, die zu bestreiten gerade der Zweck des § 9 ist. Eventuell wäre wenigstens der Antrag Schmidt-Sagan zu empfehlen. Auch die Worte „ausgenommen die Wege“ würden Unklarheit und Unsicherheit herbeiführen. Ich bitte diesen, sowie die anderen Anträge Petris abzulehnen.

Abg. v. Ludwig: In meiner Heimat geltet die Bestimmungen der §§ 9 und 10 schon längst ohne Widerspruch. Die Lösung der sozialen Frage, von der man ihre allgemeine Einführung abhängig machen will, ist gar nicht so schwer zu finden. Sie liegt im wirklichen und praktischen Christentum; was der Katechismus und die zehn Gebote befiehlt, das zieht den schönsten sozialen Zustand. Es gibt nicht blos Walder in der Nähe der Städte, wo die Herren Städtebewohner das Bedürfnis fühlen, sich darin zu ergehen. Dieses Bedürfnis wird ihnen Niemand befrüchten.

Aber ich bitte den gewiß fehlensguten Freiherrn v. Fürth, seine Humanität auch auf die Förster der großen abgelegenen Walder zu erfreuen, die, wenn sie des Morgens Weib und Kind verlassen, nicht wissen, ob sie des Abends wieder heimkehren. Der Freiherr von Fürth sollte nur ein Jahr lang dieses Amt verwalten (Heiterkeit), dann würde sein Plichtgefühl mit seiner Humanität in solche Collision gerathen, daß er sich aufreihen würde. Ich weiß nicht, wie ein Förster den Wald beobachten soll, wenn er Niemandem verbieten kann, den Wald zu betreten. Was wir gegen Missbrauch des Eigentums thun könnten, ist durch die Beschlüsse der zweiten Lesung geschehen; es muß schon ein wirkliches Roß von Waldeigentümern sein (Heiterkeit), wenn er jetzt noch Dinge tun sollte, die gegen die klare Vernunft verstossen. Ich bitte, den Antrag Petri abzulehnen und den Antrag Schmidt-Sagan anzunehmen.

Abg. v. Cynern: Der Minister Lucius behauptete am 27. d. M., daß das Waldeigentum nach Aller Ansicht genau so zu schützen sei, wie jedes andere Privatgegenstand. Der verstorbene Oberforstmeister Bernhardt konstatierte dagegen hier, daß nach der allgemeinen Ansicht des Volkes es gewisse unvergängliche und unveränderliche Rechte aller am Walde gebe, die kein Gesetz und keine Gewalt dieser Erde dem Volke entziehen könne. Ich bitte deshalb, den § 9 zu streichen. Die Strafe des Haufriedensbruches soll nur zum Schutz von Personen und nicht von Sachen dienen. Im ganzen Westen liegen die Verhältnisse wie in Hessen-Nassau, ein Abgeordneter des Westens ist daher für diese Bestimmungen eingetreten. Gegen die Exzeesse der Sangesbrüder giebt § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs genügend Schutz. Auch die Zwecke des § 10 dieses Gesetzes werden genügend durch § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs erreicht. Ein Verschärfung deselben darf event. nur durch die Provinzialgesetzgebung erfolgen. Goethe sagt: „Die frische Luft des freien Feldes ist der eigentliche Ort, wo wir hin gehören; es ist, als ob dort der Geist Gottes den Menschen unmittelbar umweht und eine göttliche Kraft ihren Einfluß übt.“ Rauben Sie dem Volle nicht Gottes frische Luft!

Abg. v. Huene: Nach der Regierungsvorlage sollte es dem Eigentümer nur ermöglicht werden, im einzelnen Falle eine bestimmte Person auf seinem Grundstück zu weisen; jetzt soll aber ein generelles Verbot, etwa im Kreisblatt, das man gar nicht kennt, das Betreten eines Grundstückes strafbar machen. Ich begreife nicht, wie die Regierung für dieses in der zweiten Lesung beschlossene Novum eintreten kann.

Minister Lucius: Wenn wir jetzt noch in der zweiten Lesung wären, würde ich unter allen Umständen an der Regierungsvorlage festhalten; jetzt muß ich die Beschlüsse der zweiten Lesung gegen Anträge vertheidigen, welche von der Regierungsvorlage noch mehr abweichen.

Abg. Frhr. v. Huene beantragt, im § 9 die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Frhr. v. Fürth befürwortet seinen Antrag, der zum Zweck habe,

daß die Strafe eintreten zu lassen, wo wirklich ein Schaden geschehe.

Abg. v. Heydebrand: Das Haus hat durch seine Abstimmung die

Notwendigkeit dieser Paragraphen anerkannt. Soll aber nicht die ganze Arbeit umsonst gewesen sein, so müssen die Worte: „an ihn ergangen“

gestrichen werden, da es sonst unmöglich ist, die gesuchte Mitteilung

des Verbots zu constatiren. Sollte der Antrag Schmidt (Sagan) angenommen werden, so muß wenigstens statt „Verbotstafeln“ „Warnungszeichen“ gefragt werden, damit alle üblichen und verständlichen Absperrungszeichen, z. B. auch Strohweiche, wie sie bei militärischen Übungen gebraucht werden, respektirt werden.

Abg. Windthorst: Die Strafe des Haufriedensbruchs für das Betreten des Waldes hat bisher in Gesetzen nicht existirt. Der Waldeigentümer muß allerdings in der Lage sein, sich gegen unbefugte Benutzung des Waldes zu schützen. Die praktische Lösung des Widerprüchs dieser Berechtigung mit den Forderungen der Humanität liegt darin, daß das Eigentum heilig sein, aber christlich gebraucht werden muß. Der Kampf, der jetzt die Welt bewegt, kommt daher, daß die Eigentümer dies meist vergessen haben. Mit diesem moralischen Gesichtspunkt kommt man aber nicht durch.

Ich möchte nicht mehr anordnen, als daß der, welcher sich unbefugt in Wald oder Feld bewegt, auf die Aufforderung des Behörbers sich zu entfernen hat. Ich werde daher für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen. Man darf das Verbot des Betretens nicht blos durch Tafeln aussprechen; das stumme Holz hat kein Gefühl, und dieses ist nötig, wenn man das Eigentum christlich verhalten soll. Die Regierung muß einverstanden sein, wenn sie bekommt, was sie selbst verlangt hat. Im § 10 wünsche ich die Modifikation des Abg. Petri.

Die jetzige Fassung läßt es zweifelhaft, ob auch ein Jagdberechtigter bestellte Acker betreten darf. Als mein Augenblick noch besser war wie heute, war ich selbst ein eifriger Jäger (Heiterkeit) und habe über die Frage, wie weit ich über bestelltes Land gehen könnte, oft die unangenehmsten Differenzen gehabt. Die älteren Bestimmungen, die das Betreten gestatten, könnten jetzt aber als aufgehoben erscheinen. Ich mache also die Anhänger dieser Paragraphen darauf aufmerksam, daß die ersehnten Bestimmungen leicht ihnen selbst zu Fußangeln werden können. (Hört.)

In der Abstimmung wird dem Antrag v. Höne gemäß die Regierungsvorlage im § 9 hergestellt; dieselbe lautet: Mit Geldstrafe bis zu 10 Mark

oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 123 des Strafgesetzbuches, von einem Grundstück, auf dem er

einmal Befugnis sich befindet, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, oder dem ihm ergangen Verbote des Berechtigten sich nicht entgegenstellt.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 10 wird unverändert nach dem Beschlüsse zweiter Lesung angenommen.

§ 18 lautet nach den Beschlüssen zweiter Lesung: „Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer Gartenfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Weinbergen, Obstgärten, Baumhügeln, Saatlämpen, von Acker, Wiesen, Weiden, Plätzen, Gemüse, Wegen oder Gräben entwendet. Die Ver-

folgung tritt nur auf Antrag ein.“

Abg. Grimm beantragt die Worte: „Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein“, für diesen Fall beantragt Abg. Leonhard die Strafe in Weißfall zu bringen, wenn der Verächtigte darauf verzichtet.

Abg. Windthorst will die Verfolgung auf Antrag nur in den Fällen des § 370 Nr. 5 des Reichs-Strafgesetzbuches (Entwendung von Nahrungs- und Genussmitteln in geringer Menge zum alsbaldigen Gebrauch) zulassen.

Abg. Fiebiger begt den lebhaften Wunsch, daß das Gesetz zu Stande komme, und zwar in dem Sinne, daß dadurch der polizeilichen Willkür ein Ziel gesetzt wird.

Die große Schwierigkeit der Regelung dieser Materie liegt darin, daß das Gesetz schwere und leichte Fälle zusammenwirkt. Was

die letzteren Fälle anlangt, so glaube ich, daß bei derartigen Entwendungen das Vorhandensein des Dolus erwiesen sein muß, wenn Strafe eintreten soll. Ich frage, ob nach Ansicht der Regierung die Intention dieses Paragraphen dahin geht.

Minister Lucius: Ich habe gegen diese Erklärung kein Bedenken, glaube aber, daß die Interpretation des Paragraphen, die wir hier geben, bei Handhabung des Gesetzes schwerlich immer gegenwärtig sein wird, also nur sehr prekäre Werth hat. Wer eine Handlung begeht, durch die er Niemanden zu nahe tritt und nicht gegen die Intentionen des Eigentümers verstößt, der hat wohl kaum etwas Strafbares getan. Ich halte mich aber als landwirtschaftlicher Minister kaum für befugt, Worte authentisch zu interpretieren, die sicherlich bereits eine feststehende Interpretation gefunden haben. Wenn der Abg. Fiebiger als bedenklich an diesem Paragraphen bestellt hat, daß er leichte und schwere Fälle kombiniert, so kann man denselben Vorwurf dem ganzen Reichsstrafgesetzbuch machen. Der Paragraph richtet sich, wie ich wiederholt betone, gegen Diebe und Waldfrevel und nicht gegen harmlose Spaziergänger. Dem Beschluß des Hauses zu § 18 in zweiter Lesung muß ich entschieden widersprechen, weil er sich in Gegensatz zum Strafgesetzbuch stellt, indem er Verfolgung eines Diebstahls von einem Antrage abhängig macht. Prinzipiell bin ich für den Antrag Grimm, eventuell würde ich auch gegen den jetzigen Antrag Windthorst keine sonderlichen Einwendungen haben, da er nicht mehr zu den Missdeutungen Anlaß geben kann, die sein Antrag in zweiter Lesung zuließ.

Abg. Windthorst: Die in diesem Paragraphen erwähnte Entwendung ist nichts Anderes, als der Diebstahl im Sinne des Strafgesetzbuches, daß zwischen schweren und leichten Fällen infolge unterscheidet, als die ersten ohne, die letzteren aber nur auf Antrag bestraft werden. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Diebstahl verdächtig ist.

Abg. Petri: Ich empfehle den Conservativen das Studium der Werke des von ihnen hochverehrten Culturhistorikers Niel, dessen Bemerkungen über den Wald nicht in der Studirstube ausgedacht sind; ich selbst habe ihn manchen Tag auf seinen Bügen durch den Taunus begleitet. Die Ansicht, die diesem Gesetz zu Grunde liegt, daß die Feld- und Forstbücher alle Engel und alle anderen Menschen prädestinirte Wilddiebe und Waldfrevel seien, wird sich nicht Bahn brechen. Sie rednen auf den Verstand der Waldbesitzer und Beamten. Aber der Verstand ist in der Welt immer viel größer gewesen als der Verstand. (Unruhe rechts.)

Minister Lucius: Dieselbe Bestimmung hat in Hessen-Nassau bis zum 1. October 1879 geltend; ich bitte daher den Antrag Petri abzulehnen.

Gegen den Antrag v. Fürth-Seelig hat die Regierung Nichts einzubringen.

Abg. Seelig führt aus, daß das Gesetz mit Unrecht schon jeden für

des Diebstahls verdächtig ansehe, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe. Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe, Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe, Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe, Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe, Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe, Besonders sei dies für den Botaniker sehr schwierlich.

Linne habe nicht, wie Abg. v. Hammerstein behauptet habe, schon unter den Bestimmungen der Feld- und Forstpolizeiordnung und des Forstdiebstahlgesetzes botanisiert, denn er sei längst vor Erlass dieser Gesetze gestorben.

Durch die Drohung des Abg. v. Hammerstein mit der Selbstbürde des Forstdiebstahls verdächtigt, der die zum Diebstahl geeigneten Werkzeuge bei sich führe

nicht, so ist das Gesetz für diese Session begraben. Wir müssen daher unsere persönlichen Wünsche so weit wie möglich unterdrücken.

Minister Dr. Lucius: Ich habe zu constatiren, daß in diesem Paragraphen zur Stunde noch eine Verständigung nothwendig ist, wenn das Gesetz zu Stande kommen soll. Wie in der zweiten Lesung muß ich auch heute gegen den zweiten Satz der Nr. 2 mich erklären. Die zweifelhafte juristische Definition des Begriffes „Herkommen“ würde eine Quelle von Streitigkeiten werden. Ich bitte daher den Satz zu streichen, denn die Regierung würde sonst nicht in der Lage sein, das ganze Gesetz anzunehmen. Als Basis einer Verständigung müßte ich auch heute noch die ursprüngliche Regierungsvorlage bezeichnen, nachdem dieselbe aber durch die zweite Lesung bestätigt ist, kann ich unter gewissen Voraussetzungen mich mit den Beschlüssen der zweiten Lesung einverstanden erklären. In der Nr. 1 des § 41 müssen die Worte „oder Polizeiverordnung“ eingeschoben werden. Der Antrag des Abg. Windthorst auf besondere gesetzliche Regelung des Sammelns von Beeren und Pilzen ist für mich nicht annehmbar; durch denselben würde die Regelung durch polizeiliche Verordnungen ausgeschlossen und auf jeden Fall eine Schädigung der Waldeigenhümer herbeigesetzt werden. Besser ist es, die Nr. 2 ganz zu streichen, als den Antrag Windthorst anzunehmen; danach blieben wenigstens die bisherigen Bestimmungen bestehen und es würde kein Vacuum geschaffen. Das Zustandekommen des Gesetzes hängt davon ab, daß es eine Form erhält, in der es die Staatsregierung vor dem Herrenhause vertreten kann. Das ist nur möglich, wenn die Nr. 2 der zweiten Lesung bestätigt und der Antrag Windthorst abgelehnt wird.

Abg. Windthorst: Die Erwähnung, daß wir bei der Beratung dieses Gesetzes darauf bedacht sein müßten, dem Herrenhause das Gesetz so zu überweisen, daß es von ihm en bloc angenommen werden könnte, trifft für mich nicht zu.

Ich glaube, das Herrenhaus muß dem Gesetze ebenso wie wir eine genaue Erwähnung zu Theil werden lassen. Es ist wohl klar, daß meine Anträge eine vermittelnde Tendenz haben, und dem Wunsche entspringen, das Zustandekommen des ganzen Gesetzes zu ermöglichen. Wir sollen eben den Stein, den wir gegenwärtig nicht heben können, liegen lassen. Ich ziehe den Beschuß der vorigen Sitzung meinem Antrage vor, weil er bestimmter ausdrückt, daß da, wo das Sammeln der Beeren und Pilze auf einer Berechtigung oder einem Herkommen beruht, keine Strafe entstehen soll. Der Herr Minister sagt, das Gesetz habe nicht die Absicht, neues Recht zu schaffen oder zu nehmen; ich nehm' den Herrn Minister beim Wort. Auch ich will kein neues Recht schaffen oder nehmen. Bei verhindernder Behandlung dieser Angelegenheit wird man zunächst im Administrativwege klärzulegen haben, wie es mit diesen Befugnissen vom Beeren- und Pilzessammeln in den einzelnen Provinzen sich verhält, und erst wenn die nötige Klarheit geschaffen ist, kann man dem Besitzer geben, was ihm gehört. Es handelt sich darum, Strafbestimmungen zu vermeiden über Verhältnisse, die noch nicht klar sind. Nach Annahme meines Antrages durch beide Häuser des Landtages wird sich die Regierung wohl bitten, das Gesetz nicht zu publiciren, denn sie hat ein wesentliches Interesse an diesem Gesetz, auch nach Streichung der von mir zur Befestigung vorgeschlagenen Nummer. Also nur Courage, wir verlieren die Partie nicht! (Heiterkeit.)

Minister Lucius: Zunächst möchte ich dem Herrn Vorredner gegenüber richtig stellen, daß ich von der En bloc-Annahme des Gesetzes im Herrenhause mit keiner Silbe gesprochen. Sodann betone ich, daß durch die Nichtannahme der Nr. 2 dieses Paragraphen durchaus noch kein Vacuum entstehen würde; es bliebe eben dann bei den zur Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, nach denen da, wo keine besondere Berechtigung existiert, der Waldeigenhümer das Betreten des Waldes und die Entnahmen von Producten aus demselben unbedingt verbieten kann, die Exträge aus diesen Producten bilden bekanntlich in verschiedenen Districten eine wesentliche Einnahmequelle, und das Sammeln dieser Producte ist an finanzielle Gegenleistung geknüpft. In diese Bestimmungen greifen wir nicht ein. Ein Vacuum, ich wiederhole es, entsteht durch die Ablehnung der Nummer 2 nicht.

Der Antrag Windthorst wird darauf mit 176 gegen 174 Stimmen angenommen und sind damit die übrigen Anträge erledigt.

Die übrigen Paragraphen erregen keine Debatte mehr.

Darauf wird das Gesetz im Ganzen angenommen. Eine vom Abg. Seelig beantragte Resolution, für den Fall der Ablehnung die Regierung zu einer provinziellen Regelung der Materie aufzufordern, ist dadurch hinfällig geworden.

Abg. Riedert hat gehört, daß die Absicht bestehe, den Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der aus Reichssteuern an Preußen gelangenden Summen noch einmal an die Budgetcommission zu verweisen, um statt des mündlichen einen schriftlichen Bericht zu erfordern. Riedert bittet, die Frage schon jetzt zur Entscheidung zu bringen, damit die Beratung dieser Vorlage nicht allzusehr verzögert werde.

Abg. Windthorst: Dieses Gesetz muß unter allen Umständen in dieser Session erledigt werden, damit nicht im Lande irgendwie der Gedanke entsteht, daß wir die Verhüttungen, welche an die Zollbewilligungen geknüpft wurden, irgendwie zu vertagen die Absicht hätten.

Abg. von Rauchhaupt: Wir haben Alles gehan, was in der Thronrede versprochen wurde; wir wollen dies so wichtige Gesetz nicht auf Grund eines mündlichen Berichtes erledigen. Die Herren da drüber (nach links deutend), welche gegen die Zollpolitik gestimmt haben, haben gar kein Recht an diesem Gesetze.

Abg. Riedert: Wenn wir auch gegen die neuen Steuern gestimmt haben, so sind wir doch in der Lage, sie mit bezahlen zu müssen, nachdem die Herren sie bewilligt haben. Aus diesem Grunde wünschen wir an den Steuererlassen Teil zu nehmen, insowohl sie die Lasten vermindern. Wenn auch nicht die blaße Aussicht ist, daß auch zur ein baarer Pfennig an Steuern erlassen ist, so möchten wir doch wenigstens das leere Portemonnaie sehen, damit wir, wenn einmal die schöne Zeit kommt, wo wirklich Steuererlaß eintreten, dann wenigstens den Geldbeutel zur Hand haben, in welchen wir das Geld einpacken können. (Heiterkeit.) Das Gesetz muß in dieser Session zu Stande kommen, und gerade die Herren, welche die neuen Steuern bewilligt haben, sollten wenigstens den guten Willen zeigen, wenn sie auch kein baares Geld haben.

Abg. Riedert: In der Budget-Commission ist von keiner Seite ein schriftlicher Bericht gefordert worden. (Hört!) Seitdem sind mehrere Wochen verflossen, also wäre es doch wünschenswerth, diese Frage zu entscheiden.

Abg. Stengel (Berichterstatter der Budgetcommission über die in Rede stehende Vorlage): Es ist doch eine Grausamkeit gegen den Berichterstatter, nachdem man vor drei Wochen einen mündlichen Bericht für genügend erachtet — daß haben auch die eigenen Freunde des Herrn von Rauchhaupt gehan (Hört!) — wenn man ihm nunmehr zumutet, vielleicht mit Zubehörnahme der Nacht, einen schriftlichen Bericht zu liefern. Ich könnte ja denselben bis Montag fertig stellen, allein er muß doch von der Budget-Commission geprüft und genehmigt, ferner gedruckt werden, so daß die Beratung dann erst am Freitag oder Sonnabend erfolgen könnte.

Abg. v. Rauchhaupt glaubt trog des Fraktionsbeschlusses nach dieser Erklärung des Referenten den Antrag auf schriftliche Berichterstattung zurückziehen zu können.

Darauf vertagt sich das Haus um 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Besteuerung der Wandleräger; Gesetzentwurf, betreffend den Bau von (Secundär-) Eisenbahnen, und Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der aus Reichssteuern an Preußen gelangenden Summen.)

Herrenhaus. 12. Sitzung vom 31. Januar.

12 Uhr. Am Ministerialthe: Maybach und mehrere Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagess-Ordnung ist der mündliche Bericht der Agrarcommission über die Gesetz-Entwürfe, betreffend die Befugnisse der Strombau-Verwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen, und die Aufhebung der Ufer-, Ward- und Hegungs-

ordnung für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 12. September 1763.

Referent Schuhmann empfiehlt die Annahme der Vorlage in der von der Commission beschlossenen Fassung.

Graf Büdler tadelte an der Vorlage, daß sie allzusehr das öffentliche und fiscalische Interesse wahrneime, und das des Uferbesitzers allzu sehr benachteilige. Ein Uferbesitzer ist in keiner günstigen Lage, jährlich sind seine Grundstücke mehrmals von Hochwasser bedroht, er kann nicht ganz unbeschützt über dieselben disponieren. Dafür hat er allerdings den Vorbehalt, an einem schiffbaren Fluss zu wohnen und Jagd und Fischerei ausüben zu können. Diese Vorlage legt aber dem Uferbesitzer nur lastige Verpflichtungen auf, ohne ihn dafür zu entlastigen, ja sie depositirt ihn ganz als Uferbesitzer, wenn durch eine künstliche Anlandung der Staat sich als solcher etabliert.

Regierungscommissiar v. Ledlitz-Neukirch: Auf die Durchführung der Stromregulirungen ist nicht mit Sicherheit zu rechnen, wenn die Baubewilligung nicht in der Lage ist, die erforderlichen Arbeiten auszuführen und die Beeinträchtigung des Werkes durch Dritte zu verhindern. Nach beiden Richtungen reicht das bestehende Recht nicht aus, und diese Vorlagen sollen es ergänzen. Ein fiscalisches Interesse verfolgt die Regierung hierbei nicht,

sondern nur ein öffentliches. Die Regierung will die künstlichen Anlandungen nicht als Eigenthum des Staats erwerben, sobald der Uferbesitzer die entstandenen Kosten dafür zahlt.

Fürst zu Carolath-Bentheim findet, daß die Vorlage einen unberechtigten Eingriff in das Privateigenthum enthalt und den Beamten der Strombauverwaltung zu weit gehende Befugnisse giebt.

In der Special-Discussion werden gleichzeitig zur Discussion gestellt die §§ 5, 6 und 8a, dieselben laufen nach den Beschlüssen der Commission:

§ 5. Die Strombauverwaltung ist berechtigt, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um Anlandungen, welche in Folge von Anlagen der im § 4 gedachten Art entstehen oder bereits entstanden sind, auszubilden und so weit zu befestigen, daß sie ohne Nachtheil für den Strom von Federmann mit Vorbehalt der Vorschriften der §§ 6a und 8 benutzt werden können, sowie jede Benutzung solcher Anlandungen zu untersagen, welche der Herstellung dieses Zustandes schädlich sein könnte.

§ 6. Sobald nach dem Urtheile der Strombauverwaltung das vorbereitete Ziel erreicht ist, kann der Uferbesitzer die Aufhebung der im § 5 festgelegten Befestigungen gegen Erstattung dessen Mehrwertes fordern, welchen das Ufergrundstück durch den Hinzutritt der Anlandung erlangt. Der zu erstattende Betrag darf die vom Staate angemessenen Kosten nicht übersteigen. Bis zu diesem Zeitpunkte fallen die Nutzungen der Anlandung mit Ausnahme der Jagd dem Staate zu.

§ 8a. So lange die Stromregulirungsarbeiten (§ 4) noch dem Staate

gehören, ist die Strombau-Verwaltung berechtigt, jede Benutzung der an-

stehenden Anlandungen, welche diesen Werken schädlich werden könnten, zu untersagen.

Hierzu beantragen 1) v. Woyrsch zu § 5 folgenden Zusatz: „jedoch muß dem Uferbesitzer die Verbindung mit dem Fluss selbst und dessen Benutzung, soweit es seine wirthschaftlichen Interessen fordern, gestattet werden.“ 2) Graf Büdler: für § 5 folgende Fassung: „Anlandungen, welche in Folge solcher Anlagen entstanden sind, werden Eigenthum der angrenzenden Uferbesitzer. Die Strombauverwaltung ist berechtigt, die Uferbesitzer aufzufordern, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um Anlandungen, welche in Folge von Anlagen der im § 4 gedachten Art entstanden sind, auszubilden und soweit zu befestigen, daß sie ohne Nachtheil für den Strom, mit Vorbehalt der Vorschriften der §§ 6a und 8, benutzt werden können, sowie jeder Benutzung solcher Anlandungen sich zu enthalten, welche der Herstellung dieses Zustandes schädlich sein könnte.“

Für § 6 folgende Fassung: „Kommt der Uferbesitzer binnen einer zu stellenden Frist der Aufforderung zu den im § 5 erwähnten Vorkehrungen nicht nach, so ist die Strombauverwaltung berechtigt, ihrerseits die Anlandungen in Besitz zu nehmen und die bezüglichen Anlagen anzuführen. Nachdem im letzteren Falle das im § 5 bezeichnete Ziel erreicht ist, steht dem Uferbesitzer das Recht zu, gegen Erstattung dessen Mehrwertes, welchen das Ufergrundstück durch die Anlandungen erlangt hat, in den Besitz derselben zu treten. Der zu erstattende Betrag darf die vom Staate für die Cultivierung der Anlandungen aufgewendeten Kosten nicht übersteigen. Bis zu diesem Zeitpunkt fallen die Nutzungen der Anlandungen mit Ausnahme der Jagd dem Staate zu.“

Reg.-Comm. v. Ledlitz-Neukirch erklärt, daß die Vorschläge der Commission zwar der Strombauverwaltung die ihr nötigen Befugnisse geben, aber nicht ein so sicheres und klares Rechtsverhältnis schaffen, wie die Regierungsvorlage, welche dem Staate bis zur Werthsberstattung seitens des Uferbesitzers nicht nur den Besitz, sondern auch das Eigenthum der künstlichen Anlandungen giebt. Der Antrag v. Woyrsch sei unnötig, aber auch unbedeutlich. Dagegen könne die Regierung den Antrag des Grafen Büdler durchaus nicht zur Annahme empfehlen.

Graf Büdler, Hasselbach und Dr. Dernburg empfehlen den Antrag Büdler, denn sie haben juristische und praktische Bedenken, sowohl gegen die Regierungsvorlage wie gegen die Commissionsfassung, welche der Reg.-Comm. Geh. Rath Schönböck zu befestigen sucht. Wever empfiehlt, die Regierungsvorlage anzunehmen, worin ihm Minister Maybach principaliter bestimmt, dagegen erklärt sich letzter ebenfalls auch mit der Annahme der Commissionsbeschlüsse einverstanden; — den Antrag Büdler empfiehlt er abzulehnen, da er einen allzu privatischen Antritt habe.

Nachdem noch Graf Brühl und der Referent Schuhmann für die Commissionsbeschlüsse eingetreten sind, werden dieselben mit dem Antrage v. Woyrsch angenommen; ebenso mit leichten redaktionellen Änderungen die übrigen Paragraphen der Vorlage.

Die Ufer-, Ward- und Hegungsordnung für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 12. September 1763 wird aufgehoben.

Eine von der Agrar-Commission beantragte Resolution: Die Regierung aufzufordern: „bei der Ausführung von Strom-Regulirungen zweckentsprechende Vorkehrungen zu treffen, durch welche verhindert wird, daß in Folge von Anlagen die Abbrödelung des Ufers bewirkt, beziehungsweise gefördert werde und in denjenigen Fällen, in welchen solche Abbrödelungen entstehen, die Befestigung dieser Beeinträchtigung des beschädigten Uferbesitzers durch geeignete Uferdeckungen herbeizuführen, wird ange-

nommen.“

Namens der Matritel-Commission erstattet sodann Graf zur Lippe Bericht über die im Personalbestande des Hauses seit der letzten Session eingetretenen Veränderungen. Gestorben sind 14, in Folge Verlustes der Eigenschaft, in welcher die Berufung erfolgt war, ausgeschieden sind 2 Mitglieder. Auf Grund erblichen Rechtes, beziehungsweise auf Grund Allerbüchter Berufung sind 29 neue Mitglieder berufen worden. Neu eingetreten sind in dieser Session 27 Mitglieder. Der Berichterstatter beantragt, die Legitimation der neu berufenen und eingetretenen Mitglieder für geführt zu erachten; ferner zu erklären, daß der jetzige Senatspräsident beim Reichsgericht in Leipzig, Dr. Henrici, weil er nicht in Preußen wohnt, zur Zeit das Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhause auszuüben nicht befugt sei.

Dernberg will einen Widerspruch gegenüber dem klaren Wortlaut der königlichen Verordnung nicht erheben, glaubt aber, daß die Auslegung der Matritel-Commission dem Geiste derselben nicht entspreche. Er bedauert den Verlust eines so ausgezeichneten Juristen für das Haus und der ins Herrenhause berufenen früheren Mitglieder des Obertribunals, jetziger Mitglieder

beim Reichsgericht überhaupt und wünscht, daß ein Weg gefunden werden möge, denselben die Ausübung ihres Rechtes und die Erhaltung der Führung mit Preußen in der von Parteileidenschaften nicht bewegten ersten Kammer zu ermöglichen.

Hasselbach bemerkte dagegen, daß wer in Preußen keine Steuern zahle, keine Pflichten gegen dasselbe habe, auch dort keine Rechte ausüben könne.

Die Commissionsanträge werden angenommen.

Über die Petitionen der Amtsversammlung des Amtes Einbeck um Neuordnung der auf den Amtsverbinden der Provinz Hannover ruhenden Landstraßenbaulauf und des Kaufmanns Dirschabel in Alt-Damm um Prüfung der dortigen Verhältnisse und Aufhebung der Bestätigung der dortigen Bürgermeisterwahl geht das Haus auf den Antrag des Referenten der Gemeinde-Commission v. Voß zur Tagessordnung über.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Feld- und Forstpolizeigesetz; kleinere Vorlagen.)

Berlin, 31. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Syndicus der Görlicher Fürstenthums-Landschaft, Justizrat von Stephany zu Görlich den Charakter als Geheimer Regierung-Rath, dem Regierungs-Secretair Gottschall zu Bromberg den Charakter als Rechnungs-Rath, der Frau Catharina Schöck, geb. Zappa, Inhaberin der Zappal'schen Conditorei zu Königsberg i. Pr., das Prädicat einer Königlichen Hoflieferantin, so wie dem Kupferschmiedemeister Ferdinand Wilhelm Otto zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Kupferschmiedemeisters verliehen.

Die Archibare Dr. Schuchard und Dr. Palm zu Hannover sind in dem Ruhestand versetzt worden. Der Archiv-Secretair Dr. Karl Saitler ist von Posen an das Staatsarchiv in Hannover versetzt und zum Archibar ernannt, der Archiv-Secretair Dr. Christian Meyer von Idstein nach Posen versetzt und mit der commissarischen Verwaltung der Stelle des dortigen Staatsarchivares beauftragt, der Archiv-Secretair Dr. Richard Döbner in Hannover zum Archibar ernannt worden. Die Archiv-Assistenten Dr. Paul Wagner beim Staatsarchiv in Königsberg i. Pr. und Dr. Karl Kohlmann beim Staatsarchiv in Schleswig sind als Archiv-Secretaire angestellt worden.

Berlin, 31. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Meldungen des Obersten von Burgsdorff, Commandeur des 7. Kürassier-Regiments und des Majors von Graberg vom 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiment, sowie aus den Händen des Obersten von Wrisberg, Commandeur des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42, die Orden des verstorbenen General-Adjutanten des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, Generals von Jülow, entgegen. Demnächst hielt der Oberst-Lieutenant von Brauchitsch in Vertretung des Chefs des Militärcabinets, Generals von Alsbach, Vortrag. (Reichsanzeiger)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 161. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 31. Januar. Bei der heute beendigtenziehung sind fol-

gende Nummern gezogen worden:

18 23 33 42 57 (300) 145 (1500) 48 91 248 57 75 (600) 92 332

41 (300) 59 79 412 45 97 501 5 64 71 97 640 (300) 48 66 87 704 6

11 825 31 66 96 918 1088 157 68 85 217 (600) 36 46 65 336 98

409 32 93 (300) 99 648 66 702 12 96 861 74 954 2020 38 184

(300) 243 60 61 310 12 20 81 428 501 13 39 618 759 835 38

960 (1500) 64 3023 44 99 238 312 49 433 (300) 49 (3000) 55 (1500)

59 65 516 632 709 807 948 4167 250 82 333 403 37 545 50

(1500) 95 618 747 51 91 917 20 (300) 29 (300) 48 (600) 81 506 52

88 100 90 225 43 301 15 64 6

810 50 55 75 89 900 (1500) 6 12 (1500) 18 62 76 82 95 97 89,025 32
 45 80 213 61 98 (300) 302 416 24 504 50 (300) 600 742 88 823
 93 913 (600) 70 75 81 98.
 90,018 114 21 27 (600) 31 293 425 507 36 (3000) 621 741 43
 99 848 923 (300) 91,006 67 84 110 24 (300) 32 34 55 229 91 371
 (300) 75 (1500) 82 412 27 41 84 590 617 41 (600) 76 741 42 (300)
 800 1 49 (300) 92,057 95 122 32 (3000) 52 216 33 73 26 (?) 321 92 409
 50 72 81 541 627 31 705 852 56 88 967 73 (600) 84 (300) 93,018
 44 91 (300) 128 33 71 95 252 76 81 365 (1500) 67 (600) 68 434
 27 667 82 756 94 987 (300) 95 94,096 123 80 (600) 217 23 89
 342 71 94 400 25 29 51 81 96 617 98 702 77 856 987.

Berlin, 1. Febr. [Die Besprechungen zwischen dem Kronprinzen und dem Reichskanzler. — Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Österreich. — Landtag und Reichstag.] Über die Besprechungen des Kronprinzen mit dem Fürsten Bismarck erfahren wir noch einiges Nähere. Es hatten nämlich fortwährend verschiedene Ansichten zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck über hervorragende Fragen stattgefunden, und unter letzteren stand die kirchliche Frage im Vordergrund. Der Kaiser hatte mehrfach den Wunsch zu erkennen gegeben, daß dieselbe möglichst bald gelöst und der kirchliche Frieden hergestellt werde; dieser Ansicht stimmte auch Fürst Bismarck bei, nur wurden die Mittel zur Erreichung dieses Ziels von beiden verschieden aufgefasst. Bismarck ging stets davon aus, daß dieser Friede nur so geschlossen werden könne, daß die Interessen des Staates nicht tangiert würden und nicht ein Frieden à-tout-prix geschlossen. Der Kaiser aber war bereit, möglichst entgegen zu kommen, damit möglichst bald der religiöse Frieden hergestellt werde. Seitdem nun der Reichskanzler wieder zurückgekehrt ist durch mehrfache Conferenzen und namentlich durch die Vermittelung des Kronprinzen diese Frage zum Ausdruck gekommen und sind die Gesichtspunkte des Reichskanzlers angemessen gewürdigt worden. Es wird nun als aller Wahrscheinlichkeit nach der Kronprinz bei seiner Reise nach Italien auch Rom besuchen, um den Besuch des Königs von Italien zu erwideren und bei dieser Gelegenheit auch den Papst besuchen, um ihm einerseits das Wohlwollen der preußischen Regierung der Kirche und dem Papst gegenüber zu bezeugen; andererseits aber auch, um ihn davon zu überzeugen, daß Preußen einerseits von seinem bisher eingenommenen Standpunkt nicht abgehen kann. Und man verspricht sich hieron, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten auf diese Weise gehoben werden können. Außerdem wird er beim Besuch des Königs auch den Standpunkt, den man hier einer anderen Angelegenheit gegenüber einnimmt, zur Erörterung bringen. Das Verhalten der italienischen Regierung in der Ermutigung der Bestrebungen der Tridente wird bekanntlich hier sehr mißliebig aufgenommen und wird wohl bei dem Besuch zur Sprache kommen; es ist anzunehmen, daß die Vorstellungen des Kronprinzen nicht ohne nachhaltigen Eindruck dort sein werden und wird sich die italienische Regierung davon überzeugen, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich ein durchaus ernstes ist und daß man irgend welche Aspirationen gegen Österreich seitens Italiens hier durchaus nicht begründigen würde. — Die Unterhandlungen wegen des Abschlusses des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn sollen baldigst wieder aufgenommen werden, es ist aber noch nicht bestimmt, ob sie hier oder in Wien weiter geführt werden. Das aber bei diesen Unterhandlungen schon die definitive Zolleinigung hergestellt werden könnte, dieser Hoffnung giebt man sich hier nicht hin. Die Schwierigkeiten für eine vollständige Zolleinigung sind noch zu groß, es liegen so viel einzelne Punkte zur Berücksichtigung vor, so es zu einer solchen kommen kann, daß es sich als unabweisbar herausstellt, bis zum Eintreten derselben noch eine Art Zwischenzustand zu schaffen. Es ist allerdings sehr erfreulich, daß in Österreich die Antipathie und die Opposition gegen die Zolleinigung immer mehr im Schwinden ist und nur noch von einigen Großindustriellen getragen wird, und daß sogar die Führer der deutschen Partei in den Delegationsen sich entschieden für eine Zolleinigung ausgesprochen haben. Über die Vorarbeiten für einen solchen definitiven Zustand sind so umfangreich, daß man sich kaum der Hoffnung hingeben kann, daß sie in der kurzen Zeit bewältigt werden. Dazu tritt dann noch ein sehr wichtiger Grund hinzu: Sollen Deutschland und Österreich-Ungarn ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet bilden, so ist es unerlässlich, daß auch ein gemeinschaftliches Münzsystem in beiden Reichen eingeführt wird, daß also auch eine Münzconvention der Zolleinigung vorangehen muß. Diese aber dürfte unter den in Österreich bestehenden Verhältnissen noch große Schwierigkeiten haben. Auch tritt dabei die Frage hervor, ob eine solche Münzconvention auf Grund der Gold- oder der Doppelwährung einzutreten hat. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Gegenstand noch zu sehr erheblichen Einwirkungen führen müßte, namentlich auch, weil die Anhänger des Goldwährungssystems bedeutend in Deutschland abgenommen haben. Es entsteht daher die Frage, ob bei einer zu schließenden Münzconvention Österreich auch die Goldwährung annehmen soll, welche dem Lande jedenfalls große Kosten verursachen würde, oder ob das Deutsche Reich die Doppelwährung annehmen würde. Diese Fragen werden aber wohl noch nicht bei der nächsten Besprechung zur Entscheidung kommen; die Commission, welche nächstens zusammenentreten soll, würde also nur einen Uebergangstarif und verschiedene Verkehrserleichterungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn festsetzen haben und es würden dann also erst zwischen den Regierungen weitere Verständigungen über die Herstellung des Endziels stattfinden haben. Auch will man Österreich-Ungarn noch Zeit lassen, bis es seinen Handelsvertrag mit Serbien und Rumäniens abgeschlossen hat, so daß diese beiden auch in die Zolleinigung mit hineingezogen werden müssen. — Über den Verlauf der weiteren Landtagsverhandlungen und den Schluss der Session ist bis jetzt noch kein definitiver Beschluß gefasst worden. Da der Reichstag nun also mit Rücksicht auf die wichtige Militärvorlage schon auf den 12. Februar einberufen ist, so neigt man sich allerdings in Regierungskreisen dazu, die Session des Landtags möglichst bald zu schließen und womöglich noch eine Nachsession eintreten zu lassen; bisher ist aber diese Frage noch nicht zur Entscheidung gekommen. Doch dürfte sehr bald zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Cullenburg darüber eine entscheidende Besprechung stattfinden, wo es dann beschlossen wird, ob eine Nachsession stattfinden soll oder ob die Vorlagen, welche nicht zur vollständigen Beratung kommen können, zum nächsten Landtag verlegt werden sollen.

= Berlin, 1. Febr. [Falsche Gerichte.] Sämtliche Gewichte über den Rücktritt dreier Minister können wir als völlig grundlos bezeichnen. Die Berichten über Personenwechsel in den Ministerien für Finanzen und Cultus sind älteren Datums, wie aber der Name des Justizministers Dr. Friedberg in die Combinationen Blättergerathen konnte, ist für Jeden, der die Verhältnisse irgendwie kennt, völlig unerfindlich.

[Fürst Bismarck und die vaticanschen Officidien.] Das neue vaticansche Blatt „Aurora“ publiziert einen neuen Artikel, betitelt: „Fürst Bismarck und die Aurora“. Derselbe ist hauptsächlich behufs Widerlegung eines Leitartikels in der „Fazit“ geschrieben, welcher die Erklärung der „Provinzial-Correspondenz“ als eine Verleugnung des Ministers Puttkamer durch den Fürsten Bismarck aus-

legte. Die „Aurora“ leugnet es, daß sie sich vor dem Fürsten Bismarck erniedrigt habe, sie sei nur höflich und vertrauensvoll gegen den mächtigen Mann, und ihre Friedenshöflichkeit sei keine Feigheit. Die Verleugnung Puttkamers erscheine ebenso unwahrscheinlich, als die von der „Fazit“ angebete Möglichkeit einer Entlassung dieses Ministers. Die „Aurora“ sagt schließlich: „Die Kirche befähigt nicht die Staatsrechte, sondern wünscht ein Bündnis mit dem Staate zur Bekämpfung der wachsenden Revolution“.

[Verboten auf Grund des Socialistengesetzes] wurde der Verein „Liederzeig“ in Bodenheim.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 30. Jan. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In einer heute Abend unter Vorsitz des Herrn Dr. Grüninger stattgefundenen Sitzung des Ausschusses des Humboldt-Vereins wurde Herr Dr. Born, praktischer Arzt und Professor am anatomischen Institut, in den Ausschuß gewählt. In nächster Zeit wird Herr Dr. Jenifer aus Berlin hier seine mikroskopischen Demonstrationen vorführen. Der Eintrittspreis für die Mitglieder des Humboldt-Vereins beträgt 20 Pf. Ferner wird in der ersten Hälfte des Monats Februar eine Reuter-Vorlesung durch Herrn Glöde stattfinden, zu welcher die Mitglieder des Humboldt-Vereins gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. Zutritt haben. Den Sonntags-Vortrag am 1. Februar hält Herr Dr. Auerbach über „die Prophezeiung des Weiters.“ Die nächste Monats-Versammlung findet am 20. Februar statt. In derselben wird der Memotechniker Herr Kumpf einen Vortrag halten. Auch werden in den nächsten Wochen die cyclischen Vorlesungen ihren Anfang nehmen. Es werden zwei Sitzungen gehalten werden: der eine durch Herrn Privatdozent Dr. Gothein: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, der andere durch Herrn Privatdozent Dr. Grüninger: aus dem Gebiete der Physiologie. Die Sonntags-Abendunterhaltungen für Handwerkslehrlinge und andere junge Leute werden in diesem Jahre nicht so zahlreich besucht, wie im vorigen Winter. Wer je an diesen Abendunterhaltungen teilgenommen, wird gewiß gern zugeben, daß sie auf das geistige und sittliche Leben der jungen Leute einen wohltätigen Einfluß üben müssen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß diese Einrichtung des Humboldt-Vereins nicht mehr Anklang findet. Wir bemerkten, daß diese Abendunterhaltungen stets von einem der engagierten Herren Lehrer geleitet werden und daß immer auch einige Mitglieder des Ausschusses des Humboldt-Vereins anwesend sind. Die Abendunterhaltungen finden an jedem Sonntage in einem parterre gelegenen Klassenzimmer der Realschule am Zwinger statt. Es kann jeder teilnehmen, so oft er will. Die Teilnahme ist unentgeltlich, die entstehenden Kosten breitet der Verein aus seiner Kasse.

[Stadttheater.] Repertoire: Montag, den 2. Febr.: Gastspiel des Herrn Th. Wachtel: „Der Postillon von Lonjumeau.“ Dienstag, den 3.: „Nathan der Weise.“ Mittwoch, den 4.: Gaßspiel des Herrn Th. Wachtel: „Die weiße Dame.“ Donnerstag, den 5.: „Alpenkönig und Menschenfeind.“ Freitag, den 6.: Gaßspiel des Herrn Th. Wachtel: „Der Postillon von Lonjumeau.“ Sonnabend, den 7.: „Moderne Ideen.“ (Neu.) Sonntag, den 8.: Gaßspiel des Herrn Th. Wachtel: „Die Hugenotten.“

[Gieb's weiter!] Die erste in diesem Jahre erschienene Nummer der von Theodor Hoffericher herausgegebenen Fortschritts-Tractäthen „Gieb's weiter!“ — Nr. 56 — enthält: 1) Die Bevormundung in religiösen Angelegenheiten. 2) Statut für den Humboldt-Pfennig-Fonds des Bundes der freien religiösen Gemeinden in Deutschland.

Hirschberg, 30. Jan. [Gebäudesteuer. — Abiturientenprüfung.] Die Gebäudesteuer, welche unsere Stadt aufzubringen hat, ist nach den neuen Veranlagungen pro anno auf 29,969,70 M. festgestellt worden (28,335,60 M. zu 4 p.C. und 1634,10 M. zu 2 p.C.). Die Anzahl der steuerpflichtigen Gebäude zu 4 p.C. beträgt 1097, die der steuerpflichtigen Gebäude zu 2 p.C. 706 und die Anzahl der steuerfreien Gebäude 232. — Bei der Abiturientenprüfung, welche unter Vorsitz des königl. Provinzial-Schulrats, Herrn Dr. Sommerbrodt, vorgestern Nachmittag und gestern Vormittag am hiesigen Gymnasium abgehalten wurde, erhielten sämtliche 8 Examinanden das Zeugnis der Reife. Einem wurde die mündliche Prüfung erlassen. Über die Resultate der Prüfung hat sich der Vorsthende sehr anerkennend geäußert.

Bolkenhain, 30. Januar. [Kirchliches. — Neue Schulbank.] Um die seit langer Zeit, wenngleich bis jetzt vergeblich, angestrebte Vereinigung und Mitmischung der ganzen Kirchengemeinde an der Ausführung der liturgischen Gefäße doch endlich herbeizuführen, werden, Dank der Splendidität eines Gemeindemitgliedes, die betreffenden liturgischen Tische in nächster Woche in 1500 Exemplaren gedruckt und sämtlichen Gemeindeländern zugänglich gemacht werden. — Im Laufe dieser Woche ist die im Auftrage der hiesigen Schuldeputation vom Tischlermeister Rüffer angefertigte Probebank in einer Klasse der evangelischen Stadtschule aufgestellt worden. Dieselbe ist nach Maß und Zeichnung der vom Kreischul-Inspector Dr. Hippauf herausgegebenen Broschüre in einer den hiesigen Raumverhältnissen am besten entsprechenden Länge von 4 m 50 cm hergestellt. Nach mehrfachen Proben hat sich diese Bank als außerst praktisch bewährt, so daß das Urteil der Lehrer durchaus günstig lautet und sich dieselben von diesen Subjekten, welche nach und nach in allen Klassen beschafft werden sollen, sehr günstige Erfolge für die Körperhaltung der Kinder beim Schreiben und Zeichnen versprechen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 31. Jan. [Spiritus loco ohne Fässer 59,7—59,8 M. bez., per Januar und Januar-Februar 59,7—59,5 M. bez., per April-Mai 60,8—60,5 M. Mark bez., per Mai-Juni 61—60,7 M. bez., per Junir-Juli 61,8—61,5 M. bez., per Juli-August 62,5—62,2 M. bez., per August-September 62,8—62,5 M. bez., Gefündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 59,7 Mark.

Breslau, 31. Januar. [Wochenmarkt-Bericht.] (Detail-Preise.) Im Laufe dieser Woche waren die Zufuhren auf den hiesigen Wochenmarktplatz bedeutender als in den Vorwochen, namentlich wurde Gefügel in großer Menge feilgeboten. Feld- und Gartenfrüchte mussten zumeist von Händlern entnommen werden, jedoch frisches und geräuchertes Fleisch war aus erster Hand zu haben. Auf dem Fischmarkt herrschte ein schwächer Verkehr. Notirungen:

Fleischwaren: Rindfleisch pro Pfund 50—55 Pf. Schweinefleisch pro Pfund 50—55 Pf., Hammelfleisch pro Pfund 50 Pf., Kalbfleisch pro Pfund 50—55 Pf., Speck pro Pf. 60 Pf., Schweinschmalz (unausgelassen) pro Pf. 80—90 Pf., Rauchschweinefleisch pro Pf. 70 Pf., Schinken, gefüllt, 1 Mark 20 Pf. pro Pfund, Rindszunge pro Stück 1 M. 80 Pf. bis 3 M. Fisch und Krebs. Kalb pr. Pf. 1 M. 50 Pf., Rind pr. Pf. 1 M. 20 Pf., Lachs pr. Pf. 1 M. 70 Pf. bis 2 M., Flukbeete, lebende, 60 Pf., gemengte Fische pro Pf. 60 Pf., Schleie pro Pf. 70 Pf., Karpfen pro Pf. 60 Pf. bis 1 M., Spiegelkarpfen 1 M. 50 Pf. pro Pf., Hummer pro Pf. 2 M. Seehechte, tote, 50 Pf. pro Pfund, Räblau pro Pf. 30 bis 40 Pf., Schellfisch pro Pf. 35 Pf., Seezunge pro Pf. 1 M. 30 Pf., Steinbutte pro Pf. 1½ M.

Federich und Gier. Auerhahn pro Stück 6—10 Mark, Auerhennen pro Stück 4—6 Mark, Capaum pro Stück 3 bis 4 Mark, Hühnerhahn, pro Stück 1 Mark 20 Pf. bis 1½ Mark, Gänse pro Stück 4—6 Mark, Henne 1½ Mark, Tauben pro Paar 90 Pf.—1 M., Gänse pro Stück 4—6 Mark, Enten pro Paar 3—4 M., Hühnerherren das Stück 3 M. 60 Pf., die Mandel 90 Pf.

Geschlachtetes Gefügel. Gänse pro Stück 3—8 M., Enten pro Stück 2½ M., Henne pro Stück 1 M. 50 Pf., Tauben, Paar 80 Pf.

Wild. Rehbock 17% Kilo 22—24 M., Hase pro Stück 3 M. 60 Pf.

Kaninen pro Paar 9 Mark, Grobviel pro Paar 60 Pf.

Brot, Mehl und Hülsenfrüchte. Landbrot 5 Pfund 50 Pf., Commisbrot pro Stück 40 Pf., Weizenmehl pro Pf. 16—18 Pf., Roggenmehl pro Pf. 10—15 Pf., Gerstenmehl pro Pfund 12 Pf., Haideimel pro Pf. 30 Pf., gestampfter Hirse pro Liter 40 Pf., Erbsen pro Liter 25 Pf., Bohnen pro Liter 25 Pf., Linsen pro Liter 30 Pf., Graupen pro Liter 30 bis 50 Pf., Grütze pro Liter 20 Pf.

Feld- und Gartenfrüchte. Kartoffeln Sack zu 150 Pf. 4—4½ M., pro 2 Liter 13 Pf., Spinat pro 2 Liter 15 Pf., Blumenkohl pro Rose 30—50 Pf., Rosenkohl pro Pf. 25 Pf., Blau- und Grünkohl pro Korb 30 Pf., Peterfilzsilfertwurzel pro Mandel 10 Pf., Spiebeln pro Liter 15 Pf., Chalotan pro Liter 25 Pf., Knoblauch 1 Liter 15 Pf., Meerrettich pro Mandel 1½—2 M., Sellerie pro Mandel 1 M., Radizie pro Liter 35 Pf., rothe Rüben pro Körbchen 25 Pf., Weißkraut pro Mandel 1—1½ M., Blautraut pro Mandel 1½ bis 2 Mark, Weißkohl pro Mandel 25—30 Pf., Radisches pro Gebund 50 Pf., Delikatessen-Rüben pro Liter 10 Pf., Endivienalat pro Rose 30 Pf.

Südfrüchte, frisches und gebrotes Obst. Apfel pro Pf. 1 Liter 10—15 Pf., Hagebutten pro Pf. 80 Pf., welche Rüben pro Liter zu Pfund 40 Pf., gebadete Apfeln pro Pf. 25 bis 40 Pf., gebadete Pfauenäpfel pro Pf. 30—40 Pf., gebadete Kirschen pro Pf. 60 Pf., geb. Pilze pro Liter 40 Pf.

Rüben- und Lübeckbedürfnisse. Butter, Speise- und Latselbutter pro Pfund 1 M. 20 Pf., Kochbutter 90 Pf., sühe Milch 1 Liter 15 Pf., Sahne 1 Liter 40 Pf., Orlätz, Käse pro Stück 75 Pf. bis 1 M., Sahnläze pro Stück 20 bis 25 Pf., Kuhläze pro Mandel 50 Pf. 75 Pf.

Breslau, 21. Januar. [Submission auf Nahrreisen.] Die königl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu Berlin hatte die Lieferung von 1) 926 Stück Locomotiv-Nahrreisen, 2) 1256 Stück Tender- und Wagen-Nahrreisen, sämtlich aus Flußstahl, zur öffentlichen Submission gestellt. Bis zum gestrigen Termine gingen nur folgende 6 Anerbietungen ein. Es offerieren per 100 Kilogr.: der Bochumer Verein ad 1 von Tiegelgußstahl zu 34 M. frei Frankfurt und Cottbus, 34,70 M. frei Breslau, von Martinstahl zu 28,75 M. frei Frankfurt, 29,35 M. frei Breslau, 28,63 M. frei Cottbus, ad 2 Tenderreisen von Bessemer oder Martinstahl zu 24,75 M. frei Frankfurt, 28,35 M. frei Breslau, 27,63 M. frei Cottbus, Wagen-Nahrreisen 50 Pf. billiger; 2. Vorsig, Vorsigerwerk ad 2 von Martinstahl zu 21 M. frei Frankfurt, 20 M. frei Breslau, 20,80 M. frei Cottbus, Phönix, Actiengesellschaft in Laar bei Aue, 1 von Bessemerstahl zu 29,84 M. frei Frankfurt, 30,50 M. frei Breslau, 29,79 M. frei Cottbus, ad 2 von Bessemer- oder Martinstahl zu 1 M. billiger; Vereinigte Königs- und Laurabüttle nur 500 Stück ad 2 zu 26,50 M. frei Frankfurt, 26 M. frei Breslau, 27 M. frei Cottbus, sämtlich von Bessemer Flußstahl, Friedrich Krupp in Essen ad 1 von Tiegelgußstahl zu 41,80 M. frei Frankfurt, 42,70 M. frei Breslau, 41,70 M. frei Cottbus, von Martinstahl zu 31,80 M. frei Frankfurt, 31,90 M. frei Breslau 31,20 M. frei Cottbus, von Bessemer Stahl zu 29,55 M. frei Frankfurt, 30,15 M. frei Breslau, 29,45 M. frei Cottbus, ad 2 Tenderreisen in denselben Stahlorten um 1 M. billiger, Wagenreisen aus Tiegelguß- und Bessemer Stahl um 1,50 M. aus Martinstahl um 2 M. billiger, wie ad 1; der Hördorferverein ad 1 aus Flußstahl zu 29,48 M. frei Frankfurt, 30,22 M. frei Breslau, 29,36 M. frei Cottbus, ad 2 Tenderreisen 1,25 M. Wagenreisen 1,60 M. billiger.

G. F. Magdeburg, 30. Januar. [Marktbericht.] Der Winter hat sich seit Beginn dieser Woche wieder mit voller Macht eingestellt, und hatten wir bei Südöstlichem Winde in den Morgenstunden 6—9 Grad Kälte. Die Elbe geht stark mit Kreisels, welches bei dem erheblich gefallenen Wasserstand wahrscheinlich in den nächsten Tagen sich wieder sehen wird. — Auf das Getreidegeschäft hat dieser Unschlag des Wetters keinen Einfluß ausgeübt; Preise haben sich so ziemlich behauptet und nur in einzelnen Fällen gaben diese etwas nach. — Weizen hat in den besser sorten seinen Werth behalten, geringere Qualitäten waren billiger kaufläufig, und dieser Umstand ermöglichte einen Abfall nach Sachsen und Westfalen, während eine Ausfuhr nach dem Auslande auch ferner unterbleiben mußte. Wir notiren für guten Landweizen unverändert 215—220 M., guten Weizweizen 192—208 M., für gute glatte englische Sorten 210—215 M., Raubweizen 198—208 M. für 1000 Kilogr. erste Kost. — Roggen still, gute inländische Ware fand einen Abfall von benachbarten Wühlen zum Preise von 187 bis 190 M.; in russischer Ware wenig Geschäft, weil diese im Verhältniß zu der inländischen zu hoch im Preise steht. — Gerste in feinen und feinsten Chevalierorten für den Hamburg-englischen Markt rege begrebt und mit 200 bis 225 Mark bezahlt, alle Mittelorten vernachlässigt, 178 bis 190 Mark zu notiren, Futtergerste 160—168 M. für 1000 Kilogr. — In Hafers nur Consumentgeschäft, gute biesige Landware 153—157 M., sächsische, böhmische und bairische 145—154 M. In russischer Hafers ebenfalls kein Handel, weil solcher im Verhältniß zu thuer ist. — Mais, amerikaner 144—147 M. für 1000 Kilogr., nach eröffneter Schiffsfahrt aus zu er

Berliner Börse vom 31. Januar 1880.

Fonds- und Geld-Course.	
Deutsche Reichs-Anleihe	100,75 bz
Consolidirte Anleihe	105,25 bz
do. do. 1878	100,90 bz
Staats-Anleihe	99,00 G
Staats-Schuldcheine	94,40 G
Präm.-Anleihe v. 1855	144,40 bzB
Berliner Stadt-Oblig.	103,50 bzB
Berliner	103,10 bz
Pommersche	88,75 bz
do. do. 100,10 bz	
do. do. 103,10 bzG	
Posensche neue	98,10 bz
Schlesische	98,70 bz
Landschaft Central	98,70 bz
Kur. u. Neumärk.	99,10 bz
Pommersche	99,00 bz
Posensche	98,75 G
Preussische	98,94 bz
Westfäl. u. Rhein.	99,50 G
Sächsische	99,20 bz
Badische Präm.-Anl.	134,90 bzG
Baierische Präm.-Anl.	135,00 bzG
do. Anl. v. 1875	98,00 bz
Cöln-Mind. Prämiensche	133,50 bzG
Sächs. Rente von 1876	76,25 bz

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100 Fl.	5 T. 3 169,20 bz
do. do.	2 M. 3 188,45 bz
London 1 Lstr.	3 M. 3 20,28 bz
Paris 100 Frs.	2 T. 5 88,90 bz
Petersburg 100 R.	3 M. 6 212,70 bz
Warschau 100 R.	8 T. 6 214,70 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 172,60 bz
do. do.	2 M. 4 171,60 bz
Kurl. 40 Taler-Loose	276,40 bz
Badische 35 Fl.-Loose	177,75 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe	95,95 bz
Oldenburger Loose	155,00 B

Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Divid. pro	1878
Aachen-Maastricht	1/2 — 4 31,00 bzG
Borg-Märkische	4 — 4 88,00 bz
Berlin-Anhalt	0 — 4 100,75 bzG
Berlin-Dresden	0 — 4 16,40 bz
Berlin-Görlitz	0 — 4 24,86 bzB
Berlin-Hamburg	101/2 — 4 99,00 bzG
Berlin-Potsd.-Magdeb.	31/2 — 4 115,00 bzG
Berlin-Stettin	2,65 — 4 93,25 bzG
Böhni-Westbahn	59/4 — 5 94,25 bzG
Bresl.-Freib.	31/4 — 4 147,50 bz
Cöln-Minden	6,3 — 4 171,00 bzG
Dux-Bodenbach-B.	0 — 4 112,70 bzG
Gal. Carl-Ludw.-G.	8,214 — 4 24,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0 — 4 fr. —
Hannover-Altenb.	0 — 4 54,00 bzB
Kaschau-Oderberg	4 — 5 66,00 bzG
Kronpr. Rudolfsb.	5 — 5 193,50 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9 — 4 30,75 bz
Märk.-Posener	0 — 4 146,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	91/2 — 6 93,00 bzG
Münz-Ludwigsb.	4 — 4 99,00 bz
Niederschl.-Mark.	4 — 4 174,75 bz
Oberschl. A.C.D.E.	81/2 — 4 147,00 bz
do. B.	81/2 — 4 475,50-477,50
Oest.-Fr. St. B.	6 — 5 288,00 bz
Oest.-Nordwestb.	4 — 5 163,50-161,50
Oest.-Südb.(Lomb.)	0 — 4 61,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0 — 4 142,00 bz
Rechte-O.-U.-E.	7 — 4 54,30 bzG
Reichenb.-Pard.	4 — 4 157,90 bz
Rheinische	7 — 4 98,50 bz
do. Lit. B. (40%)	4 — 4 13,60 bz
Ehren-Nahe-Bahn	0 — 4 49,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	0 — 4 28,00 bzG
Schweiz-Westbahn	0 — 4 102,70 G
do. Pfndr.-Posener	41/2 — 4 154,00 bzG
Südl. Bod.-Cred.-Pfd.	5 — 4 101,68 B
Thüringer Lit. A.	8 — 4 265,50 bz

Hypothen-Certificate.	
Krupp'sche Partial-Ob.	110,00 G
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.	103,00 bzG
do. do.	104,50 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfd.	100,50 bzG
do. do.	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	104,50 bz
Unkbund. do. (1872)	104,50 bz
do. rückz. a. 110	112,50 bzG
do. do. do.	105,50 bz
Unk.H.d.Pfd.-Crd.-B.	105,25 bzG
do. III. Em. do.	105,25 bzG
Kündab.-Hyp.Schuld.	5 —
Hyp.-Anth.Nord.G-C.B.	99,60 bzG
do. do. Pfndr.	99,00 bz
Fomn. Hyp.-Briefe	103,75 G
do. do. IL Em.	101,00 G
Goth. Präm.-P. I. Em.	119,50 bz
do. do. II. Em.	114,00 bz
do. do. 50 Pfdr. Kgl.m.110	106,50 bzB
do. do. 41/2 do. m.110	101,50 G
Meiningen Präm.-Pfd.	119,50 bz
Pfd.b. d.Oest.Bd.-Cr.G.	102,23 bz
Schles. Bodenb.-Pfd.	104,10 G
do. do.	102,50 bzG
Südl. Bod.-Cred.-Pfd.	101,68 B
do. do.	101,68 B

Ausländische Fonds.	
Oest. Silber-R. (1./1., 1./2., 41/2)	63,25 bzG
do. Goldrente	65,25 bzB
do. Papierrente	64,10 bz
do. Säer. Präm.-Anl.	116,10 G
do. Lott.-Anl. v. 60	127,30 bz
do. Credit-Loose	fr. 334,00 bzG
do. 64er Loose	fr. 313,75 bzB
Bass. Präm.-Anl.	163,20 bzG
do. do.	152,40 bzG
Orient-Anl. v. 1877	65,00 bzB
do. II. do. v. 1878	60,75 bzB
do. III. do. v. 1878	66,75 bzG
do. do. do. 100,90 bz	
Ebad. Cred.-Pfd.	79,20 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	77,75 G
Bass.-Poln.-Schätz.-Ob.	81,60 bz
Pfd.b. d.Oest.Bd.-Cr.G.	65,60 bz
Pola. Liquid.-Pfndr.	57,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	101,70 bz
do. 50% Anleihe	101,20 bzB
Ital. 50% Anleihe	82,75 bz
Baab.-Grazer 100 Thlr.	95,40 bz
Rumän. Anleihe	5 —
Türk.-Anleihe	10,60 bz
Ung. 50% St. Eisb.-Ob.	86,60 bzG
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	49,60 bz
Türken-Loose 33,80 bz	—

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berlin-Dresden	0 — 5 43,50 bzG
Berlin-Görlitzer	1 — 5 72,50 bzG
Breslau-Warschau	0 — 5 43,80 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0 — 5 83,75 bzG
do. do.	fr. —
Kohlfurt-Falkenb.	0 — 5 36,50 bzB
Märkisch.-Posener	5 — 5 99,90 bzG
Magdeb.-Halberst.	41/2 — 31/2 88,25 bzG
do. Lit. C.	122,00 bzG
Ostpreuss. Südb.	5 — 5 99,50 bzG
Posen-Kreuzburg	29/4 — 5 68,40 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7 — 5 140,00 bzG
Rumänier	8 — 5 106,00 bzB
Saal-Bahn	0 — 5 46,25 bzG
do. do.	0 — 5 29,10 bzG

Bank-Papiere.	
Allg.Deut.Hand.-G.	2 — 4 72,27 bzG
Bors. Kassem.-Ver.	89/10 — 4 165,25 G
Beri. Handels-Ges.	0 — 4 163,50 bzG
Bri. Prd.-u.Hilf.-B.	0 — 4 77,25 G
Braunschw. Bank	41/2 — 4 93,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank	3 — 4 97,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	59/8 — 4 101,25 bzG
Coburg. Cred.-Bank	41/2 — 4 93,25 bzG
Danziger Privitb.	64/4 — 4 110,50 bzB
Darmst. Zettelb.	51/4 — 4 146,50 bz
Deutsche Bank	51/4 — 4 105,60 bzG
do. Reichsbank	6,3 — 4 142,75 bzG
do. Hyp.-B.Berl.	61/4 — 4 95,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	61/2 — 4 194,90 bz
do. ult.	61/2 — 4 195,25-195,90
Genossensch.-Bnk.	51/2 — 4 113,00 bzG
do. junge	51/2 — 4 112,00 bzG
Goth. Grundcredb.	6 — 4 95,56 bzG
do. junge	6 — 4 94,99 bz
Hamb. Vereins-B.	73/4 — 7 122,00 G
Haunov. Bank	51/2 — 4 107,00 bz
Königsb.Ver.-Bnk.	6 — 4 100,00 B
Ldnw.-B. Kwilecki	49/3 — 4 146,00 bzG
Leipz. Cred.-Anst.	62/2 — 4 136,90 bz
Luxemburg. Bank	71/2 — 4 115,00 G
Magdeburger do.	65/10 — 4 99,00 bzG
Nordd. Bank	10 — 4 160,25 bzG
Nordd. Grunderb.	8 — 4 65,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	83/4 — 4 140,60 bzG
Posener Pro.-Bank	4 — 4 109,60 G
Pr.-Bd.-Cr.-Act.-B.	5 — 4 93,75 G
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	91/2 — 4 127,50 etbG
Sächs. Cred.-Bank	59/4 — 4 115,00 bzG
Schl. Vereinsbank	5 — 4 119,00 G
Weimar. Bank	0 — 4 40,25 bz
Wiener Unionsbks.	5 — 4 220,00 G

In Liquidation.	

<tbl_r cells="2" ix